

Umweltskandal in Sachsen

Von David Schraven

Das Regierungspräsidium in Leipzig ist ein neomodischer Zweckbau mit niedrigen Decken und großen Fenstern. Hier werden die Akten zur Deponie Lissa aufbewahrt. Ein Karton voller DIN A4 Blätter. Hunderte Notizen - von Beamten verfasst und abgeheftet. Zahllose Erlasse und darauf bezogene Beschwerden der Deponiebetreiber. Normalerweise wird in solchen Akten dokumentiert, wie eine Müllkippe sicherer gemacht wurde. Hier ist es anders. In den Akten findet man vor allem Begründungen dafür, warum nichts passiert ist. Zwischen den abgehefteten Blättern verbirgt sich einer der größten Umweltskandale Sachsens.

Naturschützer fürchten, dass unter der Deponie Lissa eine Zeitbombe liegt. Sieghard Weck vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland beschreibt eine gefährliche Altlast. Unter dem Sanddeckel der Kippe liegen PCB-verseuchter Shreddermüll und giftige Schwermetalle wie Arsen, Blei oder Cadmium. Insgesamt mehr als 16.000 Tonnen. Kleingehäckselte Elektronikteile aus dem Westen.

Die Zeitbombe tickt, sagt Weck. Vor der Wende lag Lissa mitten im Braunkohlerevier der DDR. In die ausgekohnten Löcher wurde Abfall gekippt, bis Ende der neunziger Jahre. Auch Lissa war so eine Deponie. Ohne Basisabdichtung. Ohne technische Absicherung. Einfach eine 100 Meter tiefe Grube im sächsischen Kies. 1996 wurde die Deponie geschlossen und bekam einen Deckel aus Sand.

Wenige hundert Meter neben Lissa wird heute ein Tagebauloch geflutet. Der Werberliner See soll hier entstehen. Als noch Braunkohle abgebaut wurde, haben Pumpen das Gelände bis in eine Tiefe von 120 Metern trocken gehalten. Jetzt steigt das Grundwasser, bis knapp unter die Grasnarbe.

Der diplomierte Chemiker Weck befürchtet, dass mit dem steigenden Grundwasser das krebserregende PCB aus der Deponie ausgewaschen werden könnte. Weck beschreibt ein Worst-Case Szenario. Mit der Flutung des Werberliner Sees steigt das Grundwasser unter der Deponie Lissa an. Die anströmenden Wassermassen spülen das PCB und die Schwermetalle aus der Müllkippe. Das Gift könnte ins Trinkwasser gelangen, befürchtet Weck. Oder über mehrere dutzend landwirtschaftlich genutzte Brunnen auf die Felder. Dort könnten geringe Mengen des PCB verdunsten und sich als Aerosol gleichmäßig in der Luft verteilen. Das Gift würde über die Landschaft wehen. „Die Kreisstadt Delitzsch wäre direkt betroffen“, sagt Weck. Auch wenn der Fall unwahrscheinlich sei. Es bestünde die Gefahr einer Verseuchung weiter Flächen. Weck „Das wäre dann hier so wie in Seveso.“ 28000 Menschen leben in Delitzsch, im Landkreis sind es 150000 Personen. Schon kleinste Mengen PCB auf der Haut reichen aus, um den Körper anzugreifen. Das „Teufelszeug“ wirke wie Dioxin, sagt Weck. „Wenn wir nichts tun, kann es zu einer Katastrophe kommen.“

Die Spuren der giftigen Altlast in der Deponie Lissa führen zurück in die Zeit kurz nach der Wende. Und zu einem Umweltskandal, der in Sachsen nie aufgearbeitet wurde.

1990 haben Müllunternehmer aus dem Westen die Deponien im Osten für sich entdeckt. Vor allem die Firma Dorner-Schrott GmbH in Nürnberg kümmerte sich um die kostengünstige Entsorgung des hochgiftigen Sondermülls aus kleingehäckseltem Auto- und Elektronikteilen in den neuen Bundesländern. Vorbei an geltenden Umweltgesetzen. Die schreiben nämlich vor, dass die so genannten Shredderrückstände als Giftmüll deklariert, verbrannt oder sicher gelagert werden müssen. Anfang der neunziger Jahre kostete eine gesetzeskonforme Behandlung des Shredderschrotts rund 1.000 Mark die Tonne.

Nach einem Ermittlungsbericht der Nürnberger Kriminalpolizei fand Dorner einen billigeren Weg, das Gift loszuwerden. Über einen Zwischenhändler knüpfte die Firma Kontakte in den

Osten. Für durchschnittlich 25 Mark verschwand der verseuchte Elektronikschrott in sächsischen Tagebaulöchern. Eine gewaltige Gewinnspanne, die sich Dorner mit Müllschiebern teilte.

In ihrer 111 Seiten starken Dokumentation hat die Nürnberger Kripo mindestens fünf Deponien in Sachsen identifiziert, auf denen das belastete Material zwischen 1991 und 1994 verklappt wurde. Das Bayerische Innenministerium hat in einem Brandbrief an das sächsische Umweltministerium am 24. April 1997 darauf hingewiesen, dass die Ablagerungen „illegal“ waren.

Ein Insider sagt: „Mit Giftmüll ließ sich damals mehr Geld verdienen als mit Drogenhandel.“

Besonders die Deponie Lissa hatte es den Müllschmugglern angetan. Aus Unterlagen des Regierungspräsidiums Leipzig geht hervor, dass auf die Kippe nur Hausmüll und Asche aus dem Kreis Delitzsch kommen durfte. Sonst nichts. „Zu keinem Zeitpunkt waren Shredderrückstände zur Ablagerung auf der Deponie Lissa zugelassen“, schreibt der zuständige Leiter des Referates 63, Abfall und Altlasten, in einem internen Vermerk. Nach Erkenntnissen der Kripo Nürnberg wurden dennoch auf Lissa zwischen 16.000 und 18.000 Tonnen kontaminierter Elektroschrott abgekippt.

Die Laster mit dem Giftmüll kamen nachts. Ein Fahrer berichtete den Ermittlern, dass er einen eigenen Schlüssel für die Kippe hatte. „Ich hatte die Anweisung nur außerhalb der Öffnungszeiten auf der Deponie abzukippen. Für das Eingangstor befand sich ein Schlüssel im LKW. Falls die Deponie noch geöffnet hatte, wurden die Container auf einem Abstellplatz abgestellt. Diese Container wurden dann in der darauf folgenden Nacht verkippt“, gab Uwe W. zu Protokoll.

Eine Sekretärin der Giftmülllieferanten berichtete, dass Verantwortliche der Kippe Lissa und der Kreiswerke Delitzsch GmbH (KWD), denen die Deponie gehörte, geschmiert wurden. Antje S. sagte gegenüber der Kripo Nürnberg aus: „Das waren Provisionszahlungen. Ich kann mir das nur so vorstellen, dass diese Zahlungen dafür da waren, um bei den KWD eine positive Einstellung zu erreichen.“

Nach mehrjährigen Ermittlungen sprach das Landgericht Nürnberg zügig Urteile über die bayerischen Verdächtigen. Der Hauptschuldige, ein gewisser Wolfram Dorner, wurde zu 24 Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Außerdem musste er 1 Million Euro an die Staatskasse zahlen. Seine Helfer kamen mit Strafen bis zu 18 Monaten davon.

In Sachsen passierte nach den Nürnberger Fahndungserfolgen allerdings wenig. Keiner der sächsischen Strippenzieher wurde vor Gericht gestellt. Keine der betroffenen Deponien saniert. Selbst die Versuche, das Ausmaß der Giftmüllverschmutzung aufzuklären, verliefen sich in den Amtsstuben – hunderte Seiten Papier wurden voll geschrieben, alles ohne Konsequenzen.

Warum?

Eine mögliche Erklärung: Die fachgerechte Entsorgung der kontaminierten Shredderabfälle würde Millionen verschlingen. In einem vergleichbaren Fall in Bayern kostete die Sanierung einer illegalen Kippe 12 Millionen Euro. Um 18.000 Tonnen Giftmüll zu entsorgen, mussten 80.000 Tonnen Erdreich bewegt werden. Die Süddeutsche Zeitung schrieb von einem der größten Umweltskandale Bayerns.

Auch in Lissa müssten zehntausende Kubikmeter Abraum weggeschafft werden, um die krebserregenden Stoffe aus dem Boden zu holen. Dazu käme die teure Entsorgung der verseuchten Erde in geeigneten Deponien und Sondermüllverbrennungsanlagen. Bezahlen müssten die Kreiswerke Delitzsch (KWD) als Inhaber der Deponien.

Und das könnten sich die Kreiswerke nicht leisten. Ein KWD-Prokurist sagte in einem vertraulichen Gespräch mit Spitzen der Kreisverwaltung, die Rücklagen zur Renaturierung der KWD-Deponien seien aufgebraucht. Intern kursieren Gerüchte, die 300-köpfige Belegschaft der KWD müsse im laufenden Jahr um fast 200 Stellen abgebaut werden. Ein Insider sagte, den KWD „steht das Wasser Oberkante Unterlippe“.

Bei einer Pleite der KWD bliebe die teure Sanierung der Deponie Lissa bei den Eignern der KWD hängen. Die Gesellschaft gehört über eine komplizierte Beteiligungsstruktur zu 55 Prozent dem Landkreis Delitzsch. Die restlichen 45 Prozent gehören dem Beratungsinstitut für Kommunalwirtschaft IKW. Die IKW wiederum gehört zu jeweils 50 Prozent dem Niederrheinischen Mülltycoon Helmut Trienekens und dem Geschäftemacher Klaus-Jürgen Haupt.

Auch diese Verantwortlichen haben kein Interesse an einer kostenträchtigen Beseitigung der Altlast.

Gegen Klaus-Jürgen Haupt laufen zurzeit staatsanwaltschaftliche Strafermittlungsverfahren wegen des Verdachts auf Untreue und Korruption bei den Staatsanwaltschaften Bonn und Köln. Ihm wird unter anderem vorgeworfen, Verantwortliche der KWD und des Landkreises Delitzsch bestochen zu haben. Aus Unterlagen der Staatsanwaltschaft Bochum, die ebenfalls gegen Haupt wegen des Verdachts auf Korruption ermitteln hat, geht hervor, dass die Frau von Haupt gemeinsam mit der Lebensgefährtin des Delitzscher Landrates Michael Czupalla (CDU) eine GbR unterhält. Die Konten der Privatfirma verwaltet Haupt. Die enge wirtschaftliche Beziehung ist brisant. Denn Czupalla kümmert sich als Aufsichtsratschef um die KWD-Holding. Die Staatsanwaltschaft Dresden ermitteln gegen Czupalla und Haupt wegen des Verdachts auf Korruption.

Schon wenige Tage nachdem bekannt wurde, dass die Deponie Lissa mit hochgiftigem Shreddermüll kontaminiert war, hatte die KWD-Spitze die Gefahr einer kostspieligen Sanierung erkannt. Die Verantwortlichen bemühten sich um „Schadensbegrenzung“. Es wurde alles daran gesetzt, den Müllskandal zu vertuschen.

Eine zentrale Rolle bei der Aktion spielte der Mönchengladbacher Rechtsanwalt Udo Rohrig. Der Jurist ist in Müllkreisen bekannt. Er vertritt den wegen Korruption verdächtigen Abfallmanager Haupt bei diversen Staatsanwaltschaften. Auch bei Unternehmungen von Helmut Trienekens stand Rohrig auf der Pay-Roll. So schrieb er im August 2000 mehrere Gutachten zur Privatisierung der Kölner Abfallwirtschaftsbetriebe im Wert von rund 100.000 Euro. Trienekens zahlte. Der Müllbaron wird beschuldigt, in Köln mehr als 20 Millionen Euro an Schmiergeldern verteilt zu haben, um bei der Privatisierung der örtlichen Müllverbrennungsanlage zum Zug zu kommen.

In Delitzsch kümmerte sich Rohrig um den KWD-Geschäftsführer Manfred Buder. Den Manager führten die Ermittler als Beschuldigten im Nürnberger Giftmüllverfahren. Die Kripo drang darauf, Buder vor Gericht zu stellen. Rechtsanwalt Rohrig gelang es nach eigenen Angaben „mit ganz erheblichen Arbeits- und Zeitaufwand, die Einstellung (des Verfahrens - der Autor) zu erreichen.“ Ohne „sein eingreifen“ wäre es „zweifellos zur Anklageerhebung und Eröffnung des Hauptverfahrens“ gekommen, schrieb Rohrig in einem Brief an KWD-Verantwortliche, der dem Autor vorliegt. Im Kern konzentrierte sich der Rechtsanwalt darauf, die Schuld auf den verstorbenen Ex-KWD-Geschäftsführer Helmut Schiller zu schieben und Buder weiß zu waschen.

Anwalt Rohrig kümmerte sich auch darum, mögliche Lecks zu stopfen, über die der Skandal öffentlich werden könnte. Der Staatsanwaltschaft Köln fiel im Rahmen der Ermittlungen gegen Trienekens ein 14-Seitiges Gutachten „PERSÖNLICH / VERTRAULICH“ aus dem Oktober 1999 in die Hände, dass Rohrig für den Delitzscher Landrat Michael Czupalla

erstellt hatte. In dem Papier empfiehlt der Trienekens-Berater dem sächsischen Landrat, einen hohen Beamten aus seiner Verwaltung zu schassen. Der Staatsdiener habe sich zu intensiv um die Aufklärung des Skandals um den giftigen Shredermüll bemüht. Unter anderem habe er verwertbare Informationen an die Kriminalpolizei Nürnberg weitergegeben. O-Ton Rohrig: „Nach unserer Auffassung dürfte (aus der Informationsweitergabe – der Autor) allerdings ein schwerwiegendes Dienstvergehen des Herrn X zwingend herzuleiten sein.“ Czupalla folgte der Einflüsterung Rohrigs. Der Beamte wurde von seinem Posten entfernt.

Einfacher gesagt: Ein Rechtsanwalt aus dem Dunstkreis Trienekens' schlägt dem Delitzscher Landrat Czupalla vor, einen Beamten fertig zu machen. Und der Politiker tut das.

Eine weitere Gefahr für die KWD ging von einem Gutachten aus, das die Staatsanwaltschaft Nürnberg in Auftrag gegeben hatte. Die Ermittler wollten 1995 mit Hilfe einer Studie des Ingenieurbüros L&S Zirndorf erfahren, wie groß die Gefahren sind, die von den illegal abgelagerten Shredderabfällen auf der Deponie Lissa ausgehen. Die L&S Gutachter kamen in ihrem Gutachten zu dem Schluss, dass die „extrem erhöhten Schadstoffgehalte“ eine „verstärkte Kontamination des Deponiesickerwassers“ bedingen. Weiter befürchteten die Sachverständigen, dass „aufgrund der ungünstigen hydrogeologischen Verhältnisse und der fehlenden Basisabdichtung eine Kontamination von tieferen Grundwasserstockwerken, die zur Trinkwassergewinnung genutzt werden“, befürchtet werden müsse.

Die Kripo Nürnberg stellte das L&S-Gutachten der Bezirksregierung Leipzig zur Verfügung. Die Behörde ist für die Überwachung der Deponie Lissa zuständig und kann die millionenschwere Sanierung der Anlage anordnen. Die Ermittler wollten, dass Maßnahmen zur Gefahrenabwehr eingeleitet werden.

Die KWD reagierten schnell. Auf eigene Rechnung gaben sie gleich fünf Studien in Auftrag. Die Privat-Gutachter sollten die Untersuchungen der L&S-Ingenieure widerlegen. Alle KWD-Spezialisten kamen zu dem Schluss, dass die staatsanwaltschaftlichen Gutachter schlecht und falsch gearbeitet hätten. Die mehrere tausend Tonnen Shredderabfälle würden nicht zu einer Verseuchung der Deponie Lissa mit krebserregendem PCB und Schwermetallen führen.

Die Gutachten wurden von der KWD dem staatlichen Umweltfachamt Leipzig (Stufa) zur Verfügung gestellt. Das Stufa berät die Bezirksregierung bei ihren Entscheidungen. Die staatlichen Prüfer stellten auf Grundlage der KWD-Unterlagen fest, dass keine besondere Gefahr von Lissa ausgehe.

Die Kripo Nürnberg fasste die Erkenntnisse des Stufa folgendermaßen zusammen: „Es entstand der Eindruck, dass die Feststellungen des polizeilichen Gutachters negativ bewertet und die durch die Ablagerung der Shredderabfälle auf Lissa beurteilte Gefährdungssituation heruntergespielt wurde. Bevorzugt wurden Gutachten, die vom Deponiebetreiber Kreiswerke Delitzsch in Auftrag gegeben wurden. Nach Ermittlungen (der Kripo Nürnberg - der Autor) wurden unter Mitwirkung der Verantwortlichen der KWD die ungenehmigten Ablagerungen der Shredderabfälle auf Lissa erst ermöglicht und fortgeführt.“

Mit anderen Worten: Die Ermittler kamen zu dem Schluss, dass die Täter sich selber einen Persilschein ausgestellt haben, der vom Umweltfachamt aus unerfindlichen Gründen abgeseget wurde.

Die Bezirksregierung Leipzig ließ sich nach Abschluss der Ermittlungen zunächst nicht mit den Privatstudien der KWD abspeisen. Die Beamten bestanden darauf, neue Proben auf der Deponie Lissa zu nehmen, um erst danach über eine mögliche Zwangssanierung der Kippe zu entscheiden.

Auch das wussten die KWD-Spitzen zu verhindern.

Sie kämpften mit allen rechtlichen Mitteln gegen eine erneute Probenentnahme. Ihr Argument: Es gäbe bereits genug Untersuchungen. Ein Rechtsstreit zog sich über fast zwei Jahre.

Auf Seiten der Bezirksregierung griff immer wieder der stellvertretende Regierungspräsident Karl Noltze in die Verhandlungen zwischen Amt und KWD ein. Die Akten der Bezirksregierung dokumentieren etliche Vermerke, in denen sich der hochgestellte Staatsdiener detailliert berichten ließ, unter welchen Vorraussetzungen sich der Streit mit den Kreiswerken Delitzsch beerdigen lässt. Auch in Gespräche mit den Kreiswerken und dem Landrat Czupalla hat sich Noltze immer wieder beruhigend eingeschaltet.

Pikant werden die Aktivitäten des stellvertretenden Regierungspräsidenten dadurch, dass Noltze eine enge Beziehung zum IKW-Geschäftsführer und KWD-Teilhaber Klaus-Jürgen Haupt unterhielt. Genauso wie Landrat Czupalla. Seit spätestens 1998 taucht Noltze in den Geschenkelisten des Korruptionsverdächtigen Haupt auf. In diesen Listen hat Haupt notiert, wer von ihm Bücher, Weine oder Cognac bekommt.

Die Listen sind noch kein Beweis für Bestechung. Aber sie dokumentieren nach Ansicht der Ermittler das weit gefasste Beziehungsnetz von Klaus-Jürgen Haupt. Den Beamten gelten die Listen als wichtiger Wegweiser durch den Korruptionssumpf. Wer hat mit wem Geschäfte gemacht? Und sich dabei auf Geschenke eingelassen?

Den Durchbruch erreichten die Kreiswerke schließlich im Dezember 1998. Völlig überraschend verzichtete die Bezirksregierung auf die erneute Untersuchung der Deponie. Das Amt begnügte sich nunmehr mit einer oberflächlichen Rekultivierung der verseuchten Kippe. Die KWD sollen nach eigenem Gutdünken eine Sanierung der Deponie betreiben, wenn sie meinten, es bestünde eine Gefahr. Ein Verfahren vor dem Verwaltungsgericht Leipzig, in dem das Amt die Untersuchung der Deponie durchsetzen wollte, wurde eingestellt.

Noch wenige Wochen zuvor hatte die zuständige Abteilung auf der erneuten Beprobung bestanden. Warum dieser plötzliche Gesinnungswandel? In den Akten ist kein nachvollziehbarer Grund dokumentiert.

Seit über zehn Jahren liegt das PCB im Boden. Seit sechs Jahren ist die Gefahr bekannt. Trotzdem ist auf der Deponie Lissa nichts passiert. Die KWD ließen weder das Gift im Boden untersuchen, noch die Gefährdung des Grundwassers abschätzen. Allein das Oberflächenwasser, das aus der Deponie austritt, wird in wenigen Probestellen regelmäßig auf PCB-Rückstände getestet. Bislang ohne Ergebnis.

Der Dresdner Rechtsanwalt Lothar Hermes vertritt die Umweltschützer. Er fordert, dass die Flutung des Werberliner Sees gestoppt wird, damit kein Grundwasser in die Deponie Lissa eindringen kann. Sein Argument: Wenn der See voll ist, kann niemand mehr verhindern, dass PCB aus der Kippe heraus gewaschen wird. „Die Gefahr, die von Lissa ausgeht, muss endlich beseitigt werden“, sagt Hermes.